

Was haben wir beim Online-Stammtisch zum Master-Plan gemacht?

Beim 3. Online-Stammtisch am 30. Juni 2025

ging es um diese Frage:

Wie können Selbst-Vertreter gut in der Politik mitmachen?

Dazu haben **Torsten Berges** von der Lebenshilfe Schwerin und **Georg Leikamm** von der Lebenshilfe Führt von ihren Erfahrungen berichtet.



Das sind **Vorschläge** für politische Mitbestimmung:

- Friedrich Merz ist der neue Bundes-Kanzler. Er hat Kürzungen für Menschen mit Beeinträchtigung angekündigt. Selbst-Vertreter können eine Petition machen: Was hat das mit Inklusion zu tun? Petition ist eine Bitte um Unterschriften, die eine Forderung unterstützen. Da es schon diese Petition:

[Petition · Friedrich Merz, kürzen Sie nicht bei der Teilhabe!](#)

[#TeilhabeIstKeinLuxus - Deutschland · Change.org](#) gibt, wollen sich die Selbst-Vertreter daran beteiligen. Weil man zusammen den Druck erhöhen kann. Zum Beispiel kann jede Lebenshilfe diese Petition auf ihrer Internet-Seite teilen. Damit noch mehr Menschen unterschreiben. Jede Selbstvertreter-Gruppe kann diese Petition besprechen und Unterschriften dafür sammeln.



- Man kann für seine Rechte auch auf die Straße gehen. Und eine große Demo machen. Oder viele Demos zur gleichen Zeit an verschiedenen Orten. Es sollen sich alle Verbände daran beteiligen. Auch die Diakonie oder Caritas. Und es sollen alle Betroffenen mitmachen. Zum Beispiel: Menschen mit Seh-Beeinträchtigungen. Und seelischen Beeinträchtigungen.



- Manchmal ist es schwer, in Kontakt mit Politikern zu kommen. Man

kann zum Beispiel die behinderten-politischen Sprecher der Parteien anschreiben. Und vorher im Internet gucken, mit welchen Themen sie zu tun haben. So hat das der Landes-Verband Berlin gemacht. Und Termine bekommen. Dort wurde zum Beispiel über Leichte Sprache und barrierefreien Wohn-Raum gesprochen.

- Um einen Termin mit Politikern zu bekommen, hilft es sich was Neues einfallen zu lassen. Das fällt auf im Post-Kasten. Zum Beispiel kann man einen Kalender machen. Mit wichtigen Fragen von Selbst-Vertretern an die Verwaltung und Politik.
- Man kann auch Feste und Veranstaltungen nutzen. Und dort den Bürger-Meister oder andere Politiker direkt ansprechen. Und auf ein wichtiges Thema hinweisen.
- Man kann den Behinderten-Beauftragten oder Minister zu einem Erfahrungs-Austausch einladen. Das geht gut als Selbstvertreter-Gruppe. Das Treffen muss gut vorbereitet werden. Das hat der Landes-Verband Bayern gemacht.
- Selbst-Vertreter können Forderungen aufschreiben. Und Verbesserungs-Vorschläge machen. Zum Beispiel für Menschen mit hohem Unterstützungs-Bedarf. Und diese Infos an alle Parteien schicken. Das hat die Lebenshilfe Trier gemacht.
- Man kann auch einen Besuch beim Land-Tag machen, um sich mit Politikern auszutauschen. Das hat der Landes-Verband Mecklenburg-Vorpommern gemacht.
- Selbst-Vertreter können den Parlamentarischen Abend nutzen, um mit Politikern zu sprechen. Und sich zu vernetzen. Das hat der Landes-Verband Nordrhein-Westfalen gemacht.



Das ist ein **wichtiges Anliegen** an die Lebenshilfe:

Wie geht die Lebenshilfe mit der AfD um. Soll sie eingeladen werden? Diese Frage treibt viele Mitglieder um. Weil immer mehr AfD-Leute wichtige Ämter in der regionalen Politik haben. Man kann nicht mehr so tun, als ob es diese Partei nicht gibt. Die Selbst-Vertreter sind gegen die AfD. Trotzdem muss man der Partei deutlich machen, dass eine Behinderung jeden treffen kann. Und das ihr Partei-Programm nicht stimmt. Die Lebenshilfe soll das Thema besprechen. Und gemeinsam eine gute Lösung für den Umgang mit dieser Partei finden.

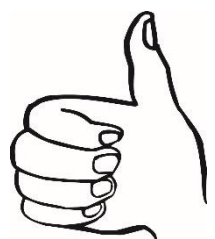


Die Lebenshilfe soll auch eine Lösung finden, wie die Assistenz für Selbst-Vertreter bezahlt werden kann. Das ist gerade überall ein Problem.

Die Lebenshilfe soll weiter politische Forderungen auf Orts-, Landes- und Bundes-Ebene einbringen. Zum Beispiel zu Barriere-Freiheit. Und bezahlbarem Wohn-Raum.

Das ist ein **Tipp** zur politischen Beteiligung:

Ende Mai 2025 haben sich die Behinderten-Beauftragten aller Länder getroffen. Und über Rechte zur politischen Mitbestimmung von Menschen mit Beeinträchtigung gesprochen. Alle waren sich einig: die Beteiligungs-Rechte müssen gestärkt werden. Dazu haben sie diese Mainzer Erklärung aufgeschrieben: [Mainzer Erklärung](#)



Der nächste Online-Stammtisch zum Master-Plan ist am:
20. August 2025. Von 17.30-19.30 Uhr.

Das ist das Thema:
Selbst-Vertretung und Assistenz.

Rick Sprotte von der Bundesvereinigung stellt unser neues Projekt zur politischen Mitbestimmung vor. Es wird beraten, wie sich Selbst-Vertreter beteiligen können. Und ihr Wissen einbringen können. Zum Beispiel zu guten Schulungen für Selbst-Vertreter und Assistenz-Personen.

Bilder: © Reinhild Kassing